

Lehrforschungsprojekt zu Gender Mainstreaming in der Kommunalpolitik

Im Lehrforschungsprojekt „Wissenschaft und Politik gehen Hand in Hand – Gender Mainstreaming im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis“ von Prof. Dr. Katja Sabisch und Dr. Bahar Haghanipour (Gender Studies, Ruhr-Universität Bochum) haben Studierende die Kommunalpolitik in Bochum unter Aspekten des Gender Mainstreaming unter die Lupe genommen. Von 2013 bis 2014 untersuchten sie mit teilnehmender Beobachtung, Interviews und Fragebögen Themen wie z.B. die Vereinbarkeit von Familie mit Kommunalpolitik, die unterschiedliche Rollenverteilung von Frauen und Männern (doing gender) und die Bedeutung von Gender Mainstreaming. Ein zentrales Ergebnis war, dass das Konzept des Gender Mainstreaming zwar kommunalpolitisch festgeschrieben ist, in der Praxis aber ein Großteil der befragten Kommunalpolitikerinnen und -politiker die Bedeutung von Gender Mainstreaming nicht kennt. Auch zeigte sich, dass Hürden bei der Vereinbarkeit von Familie und Kommunalpolitik bestehen. Nicht bestätigen konnte sich die Vermutung einer Rollenverteilung entsprechend des doing gender. Vermutet wird, dass der Grund für die Unterrepräsentanz von Frauen vielmehr darin liegt, dass bereits im Vorfeld eine Vielzahl an Schließungsmechanismen greift, die dazu führt, dass Frauen gar nicht erst in kommunalpolitische Führungspositionen gelangen.

Weitere Informationen zu den Projektergebnissen finden sich unter folgendem Link:

http://www.netzwerk-fgf.nrw.de/fileadmin/media/media-fgf/download/publikationen/Journal_30_2012.pdf

Politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterprofessorinnen im deutschsprachigen Raum. Zwischen Besonderheit und Besonderung oder auf dem Weg zur Normalität?

BIRGIT SAUER

Immer noch prekär oder schon wieder?¹

Die Etablierung der bundesdeutschen politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung wurde mit einem Text Klaus von Beymes² giftig begrüßt und dadurch angefeuert. Von Beyme ätzte in seinem berühmt-berüchtigten Text über feministische Theorie gegen Frauenprofessuren als „Konkordatslehrstühle“ (von Beyme 1991, 22). Er rief alle Vorurteile auf, die damals (und häufig noch heute) gegenüber der

Frauen- und Geschlechterforschung existierten: Sie habe mehr mit Glaube zu tun, sei im besten Fall politisch, auf keinen Fall aber wissenschaftlich, ganz sicher hingegen postmoderner Schnickschnack, der hoffentlich bald vergehe. Das *boundary drawing*, die Ausgrenzung aus dem Universum der Wissenschaft, begleitete somit politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforscherinnen von Anfang an.

Wie kann nahezu 25 Jahre nach von Beymes Äußerungen die Situation der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung und der Professorinnen in diesem politikwissenschaftlichen Teilgebiet eingeschätzt werden? Einerseits war die Institutionalisierung politikwissenschaftlicher Frauen- bzw. Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum³ relativ erfolgreich, andererseits könnte man auch mit Fug und Recht behaupten: Sie ist erfolgreich gescheitert.

Seit den 1990er-Jahren konnte alles, was zu einem Teilgebiet der Politikwissenschaft gehört, etabliert und institutionalisiert werden – Professuren, Stellen im Mittelbau, die Verankerung der Geschlechterforschung in den Curricula, der Arbeitskreis „Politik und Geschlecht“ im Fachverband „Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft“ (DVPW), das Journal „Femina Politica“ und zwei Buchreihen, die Reihe „Politik der Geschlechterverhältnisse“ im Campus Verlag und die Reihe „Politik und Geschlecht“ im Verlag Barbara Budrich. Dennoch ist auch der Eindruck zutreffend, dass zwar das institutionelle professionspolitische Umfeld und die scientific community gesichert sind und einen durchaus soliden Kontext für die Geschlechter-Professorinnen im Fach bilden, dass aber die Stellen vor allem auf der Professorinnenebene keineswegs stabilisiert sind. Vielmehr ist deren Position und damit in gewisser Weise auch die Stellung der Geschlechterforschung im Fach nach wie vor gefährdet. Auch Geschlechterthemen konnten sich nicht als feste Bestandteile des Faches etablieren, und noch immer ist die Politikwissenschaft in weiten Teilen widerständig gegenüber Erkenntnissen der Frauen- und Geschlechterforschung. Wer kennt nicht die Praktiken der Ausgrenzung, der Diskreditierung als zu speziell und besonders in Berufungsverfahren? Die Alarmglocken jener Kommissionsmitglieder, die nicht mit Geschlechterforschung vertraut sind, schrillen, wenn sich eine Kollegin mit einem solchen Schwerpunkt bewirbt. Da bedarf es viel Argumentation von jenen, die Geschlechterforschung ‚mainstreamen‘ wollen, dass ein entsprechendes Profil nicht als zu eng für eine allgemeine politikwissenschaftliche Professur abqualifiziert wird.

Die Situation im Fach ist also noch immer durch Marginalisierung bzw. Ghettoisierung, durch den Kampf um Sichtbarkeit und Anerkennung in der disziplinären Forschungslandschaft charakterisiert. Allerdings stellt sich die Situation an den einzelnen Instituten ganz unterschiedlich dar, ist es doch einigen Kolleginnen gelungen, über die eigene Professur hinaus Zentren oder Forschungsgruppen einzurichten und durch ein systematisches Lehrangebot einen engagierten Nachwuchs auszubilden. Dies scheint ein guter Ausgangspunkt für Stabilisierung und Nachhaltigkeit zu sein. Andererseits bietet die Umstrukturierung der Universitäten im Geiste des Managerialismus und New Public Managements eine ständige Herausforderung nicht nur, aber auch für die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung. Insbesondere

Sparzwänge gefährden derzeit die Nachbesetzung von Professuren im Prozess der Pensionierung bzw. Emeritierung der ‚ersten Generation‘.

Trotz oder wegen dieser Prekarität politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung und Geschlechterforscherinnen erscheint es mir wichtig, die Entwicklung und den Stand der Professuren mit einer frauen- oder geschlechterforscherischen Denomination systematisch darzustellen. Mein Beitrag will daher in dieser Gemengelage die Dynamiken und Praktiken der Etablierung von Frauen- und Geschlechterprofessuren im Fach dokumentieren, den Bestand an Stellen sowie deren Vielfalt und Pluralität aufzeigen und die Frage der Nachhaltigkeit beantworten.

Die Etablierung politikwissenschaftlicher Geschlechterprofessuren

Folgt man der Phasierung der Geschichte der Frauen- und Gender-Professuren in der Bundesrepublik Deutschland, wie sie Ulla Bock, Daniela Heitzmann und Inken Lind (2011) in Anlehnung an Carol Hagemann-White vornehmen, so ergibt sich für die politikwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterprofessuren folgendes Bild: In der ersten Phase, der „Aufbruchsphase“ von 1976 bis 1982 (Heitzmann 2010, 12; Bock/Heitzmann/Lind 2011, 100) begannen die Kämpfe um Frauenprofessuren. Doch das institutionelle, wissenschaftspolitische, vor allem aber frauenbewegungspolitische Umfeld war bereits in den Jahren davor vorbereitet worden. Die institutionellen Settings und Opportunitätsstrukturen, die eine Etablierung politikwissenschaftlicher Frauenprofessuren am Ende der 1970er-Jahre ermöglichten, wurden durch aktive und frauenbewegt politisierte Studentinnen ermöglicht. Sie kämpften zunächst für feministische Lehrveranstaltungen, für Lehrbeauftragte und Mittelbaustellen und schließlich auch für Professuren. Diese Kämpfe fanden im Spannungsfeld einer kritischen Auseinandersetzung um die Akademisierung feministischen frauenbewegten Wissens, ja gleichsam um die Akademisierung einer politischen Bewegung einerseits sowie um die Disziplinierung eines sich interdisziplinär verstehenden neuen Wissensfelds andererseits statt. Freilich war dabei mit der Akademisierung wie auch mit der politikwissenschaftlichen Disziplinierung in den 1970er-Jahren die Hoffnung auf die Etablierung kritischer Wissenschaft mit gesellschaftstransformierendem Potenzial innerhalb der Hochschulen verbunden.

Die Etablierung von Professuren war an jenen Instituten erfolgreich, an denen es eine sichtbare Mobilisierung von Studentinnen gab. Am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin beispielsweise formierte sich eine Gruppe von feministischen Lehrbeauftragten und Studentinnen, die seit dem Ende der 1970er-Jahre die Forderung nach einer Frauenprofessur erhob.⁴ Dort waren die ersten feministischen Seminare von Lehrbeauftragten aus der Geschichte und der Soziologie angeboten worden. Mitte der 1970er-Jahre wurden schließlich die ersten feministischen ‚Mittelbäuerinnen‘ auf befristeten Stellen eingestellt. Auch gab es in Berlin an der Technischen Universität zwei Politikwissenschaftlerinnen, „Pionierinnen“ der politikwissenschaftlichen Frauenforschung,⁵ deren Professuren allerdings keine

Fraundenomination hatten, nämlich Christine Kulke, Politikwissenschaftlerin, und Barbara Schaeffer-Hegel, die von 1980 bis 2002 eine erziehungswissenschaftliche Professur besetzte. Allerdings – und die Geschichte ist bekannt – gelang die Öffnung der deutschsprachigen Universitäten im Fach Politikwissenschaft im Vergleich zu anderen sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern verspätet und nur sporadisch. Dies ist bis heute ein belastendes Erbe.

In der zweiten Phase, der „Durchsetzungsphase“ (1983 bis 1988) (Heitzmann 2010, 12), wurden auch in der Politikwissenschaft die ersten Frauenprofessuren eingerichtet. Dies gelang nicht zuletzt durch die Unterstützung linker Professoren: Am OSI wurde 1985 die erste, befristete politikwissenschaftliche Teilzeitprofessur Frauenforschung aus den Gehältern zweier linker Professoren, Wolf-Dieter Narr und Peter Grottian, später von Bodo Zeuner mit unterstützt, geschaffen. Die erste Stelleninhaberin war Carol Hagemann-White, keine ausgebildete Politologin, sondern Psychologin. Die Professur wurde 2007 nicht mehr besetzt, nachdem die ‚Geldgeber‘ in Pension gegangen waren.

Schließlich wurde 1988 an der FU Berlin – als Ergebnis langer Auseinandersetzungen – die erste volle Professur für Frauenforschung mit Barbara Riedmüller besetzt. Im gleichen Jahr übernahm Birgit Meyer an der Fachhochschule Esslingen eine Professur für Frauenpolitik, die sie bis 2014 innehatte. In Innsbruck erhielt Claudia von Werlhof im Jahr 1988 einen Ruf auf die dort neu eingerichtete Professur für Frauenforschung, die sie bis 2011 besetzte.

Die dritte Phase, die „Professionalisierungsphase“ von 1989 bis 1996, in der „Frauenforscherin zum Beruf“ wurde (Heitzmann 2010, 13), gestaltete sich für die Politikwissenschaft nicht so geradlinig wie in anderen sozialwissenschaftlichen Fächern. Zwar professionalisierte sich das Forschungsfeld, doch die Zahl der Frauen- und Geschlechterprofessuren blieb niedrig. Zur „ersten sichtbaren Generation“ (Kahlert 2006, zit. n. Bock 2015, 10) von Professuren mit einer Voll- oder Teildomination Frauen- und Geschlechterforschung, die in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren berufen worden war und die mittlerweile aus dem aktiven Dienst ausgeschieden ist, gehörten nicht viele Politikwissenschaftlerinnen. Ulla Bock (2015, 285ff.) erwähnt in ihrem Buch Brigitte Rauschenbach, die die OSI-Professur „Politikwissenschaft unter besonderer Berücksichtigung von Frauenforschung“ zwischen 2000 und 2007 innehatte, und Brigitte Young, die in der Etablierungsphase politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung an der FU Berlin aktiv beteiligt war und dann von 1999 an eine politikwissenschaftliche Geschlechterprofessur an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster besetzte. Barbara Riedmüller an der FU Berlin, Eva Kreisky, die von 1989 bis 1995 die „Zwei-Drittel-Frauenprofessur“ am OSI innehatte, Claudia von Werlhof in Innsbruck sowie Thanh-Huyen Ballmer-Cao in Genf gehören ebenfalls zu dieser Generation wie auch jene geschlechterforschenden Pionierinnen der deutschsprachigen Politikwissenschaft, die keine explizit denominierte Professur innehatten, wie Silvia Kontos in Wiesbaden, Christine Kulke und Barbara Schaeffer-Hegel. Die Institutionalisierung der politikwissenschaft-

lichen Geschlechterforschung begann im deutschsprachigen Raum erst Anfang der 1990er-Jahre. Erst damals erfolgte eine Disziplinierung in das Fach hinein, d.h. die Herausbildung eines Selbstverständnisses und Selbstbewusstseins als geschlechterforscherische Politikwissenschaftlerin.

In der vierten Phase, der Phase der „Normalisierung“, die Mitte der 1990er-Jahre angesetzt wird (Heitzmann 2010, 15; Bock/Heitzmann/Lind 2011, 101), zeigt sich zum einen eine „Anpassung“ an die „normalwissenschaftliche Alltagspraxis“, wie Barbara Holland-Cunz kritisiert (Holland-Cunz 2001, 47), d.h. der Verlust interdisziplinärer geschlechterforscherischer Bezüge sowie eine De-Politisierung, also der Verlust einer klaren gesellschaftspolitischen Bezogenheit der Wissenschaftlerinnen. Doch zum anderen fand für die feministische Politikwissenschaft überhaupt erst eine sichtbare Institutionalisierung im Fach und eine Diversifizierung statt, gab es doch nun den „institutionellen Schub“ der Verankerung von Professuren (Heitzmann 2010, 17). In Gießen wurde 1995 die erste politikwissenschaftliche Geschlechterprofessur mit einer Aktivistin politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung in der DVPW, Barbara Holland-Cunz, besetzt. In Hannover erging zum Wintersemester 1996 ein Ruf auf eine Geschlechterprofessur, deren Stelleninhaberin allerdings die Denomination zu Internationale Politik veränderte. An der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster übernahm Brigitte Young 1999 bis 2011 eine Professur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt feministische Politische Ökonomie.⁶ Diese Professur konnte bereits vor der Pensionierung der Stelleninhaberin neu besetzt werden mit Gabriele Wilde, die seit 2010 die politikwissenschaftliche Professur mit dem Schwerpunkt Geschlechter- und Europafor- schung innehat. In Wien wurde Eva Kreisky, eine der Pionierinnen der deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung, 1995 auf eine Professur für „Politische Theorie“ berufen.

Der Arbeitskreis (AK) „Politik und Geschlecht“ in der DVPW war dabei für die Berufungspolitik nicht ganz unwichtig, auch wenn er die Etablierung der Professuren nicht direkt beeinflussen konnte. Wohl aber half er ein Umfeld zu schaffen, in dem Geschlechterforschung gut platziert war. Er war Katalysator in manchen Universitäten und *facilitator* in anderen. Er schuf eine wissenschaftliche community, die Publikations- und Vortragsmöglichkeiten eröffnete sowie ein Netzwerk von GutachterInnen für geschlechterbezogene Forschungsprojekte bei den wissenschaftlichen Forschungsförderungsinstitutionen und in Berufungsverfahren bildete. Im Ständigen Ausschuss für Fragen der Frauenförderung (StAFF) in der DVPW, der sich um die Situation von Frauen im Fach kümmert, sind und waren Geschlechterforscherinnen aktiv. Von den derzeit aktiven Professorinnen mit Geschlechterdenomination in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich sind oder waren sechs eng mit dem AK verbunden, haben und hatten beispielsweise Funktionen im AK oder in den Publikationsorganen inne. Die derzeitige DVPW-Vorsitzende Gabriele Abels ist ebenfalls Geschlechterforscherin und war im AK engagiert. Allerdings fand eine Vernetzung auf der Professorinnen-Ebene im und durch den AK nicht statt, wenn-

gleich auf der internationalen Ebene, z.B. dem European Consortium for Political Research (ECPR) und der International Political Science Association (IPSA), auch einige deutschsprachige Kolleginnen engagiert und netzwerkend tätig sind.

Für die Politikwissenschaft kann man schließlich von einer fünften Phase der Ausweitung und Diversifizierung sprechen, die mit der Jahrtausendwende einsetzte, auch wenn heute die Zahl politikwissenschaftlicher Geschlechterprofessuren im Vergleich zur bundesdeutschen Soziologie⁷ noch immer bescheiden ist. Die Datenbank Genderprofessuren der Zentraleinrichtung zur Förderung der Frauen- und Geschlechterforschung an der FU Berlin weist im Februar 2015 sieben politikwissenschaftliche Professuren mit einer Gender-Denomination in Deutschland aus (www.zefg.fu-berlin.de/Datenbanken/Genderprofessuren): In Marburg nahm 2001 Ingrid Kurz-Scherf die Professur „Politik und Geschlechterverhältnis“ ein; sie geht im April diesen Jahres in Pension. 2002 folgte der Ruf an Uta Ruppert an die Goethe-Universität Frankfurt am Main auf die Professur „Politikwissenschaft und politische Soziologie mit dem Schwerpunkt Entwicklungsländer unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse“. In Marburg konnte 2009 die Professur für „Politik und Geschlechterverhältnisse mit Schwerpunkt Sozial- und Arbeitspolitik“ mit Annette Henninger sowie ein Jahr später die Münsteraner Professur mit Gabriele Wilde besetzt werden. An der Fachhochschule Esslingen ist ebenfalls eine politikwissenschaftliche Professur mit dem Schwerpunkt Sozial-, Antidiskriminierungs- und Genderpolitik besetzt. Im Jahr 2008 erfolgten schließlich zwei Rufe auf einschlägige Juniorprofessuren, an der Goethe-Universität Frankfurt am Main mit dem Schwerpunkt „Gender und Postcolonial Studies“, die nach dem Ausscheiden der Inhaberin, Nikita Dhawan, 2014 gestrichen wurde, und an der Humboldt-Universität zu Berlin die Professur „Diversity Politics“, die Ina Kerner innehat. Diese Professur wird, wie es aussieht, nach dem Vertragsende der Stelleninhaberin aber ebenfalls wegfallen. An der Universität Göttingen wurde schließlich 2012 die fünfjährige Maria-Goeppner-Mayer-Professur mit der Denomination politikwissenschaftliche Geschlechterforschung besetzt, die aber mit der Wegberufung der Stelleninhaberin, Amy Alexander, 2014 wegfiel. Am OSI der FU Berlin steht eine W2-Professur mit der Denomination „Gender und Vielfalt“ voraussichtlich im Wintersemester 2015/16 zur Besetzung an.

In Österreich sind vier politikwissenschaftliche Geschlechterprofessuren besetzt: In Innsbruck und Wien lehrten zwei im österreichischen System sogenannte „Außerordentliche Professorinnen“ im Bereich politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung, die zu Beginn des Jahrtausends als volle Professorinnen berufen wurden, nämlich Erna Appelt in Innsbruck und die Autorin dieses Beitrags in Wien. An das Linzer Institut für Gesellschaftspolitik und Sozialpolitik erging 2011 an Margitta Mätzke ein Ruf.⁸ Die letzte Neuberufung erfolgte an der Universität Innsbruck: Dort hat seit Herbst 2014 Nikita Dhawan die Professur für Politische Theorie und feministische Theorie inne. In der Schweiz erhielt Elisabeth Prügl 2009 den Ruf für eine Professur „International Relations“ in Genf; sie hat seit 2011 eine Affiliation mit den

dortigen Gender Studies. In allen drei Ländern zusammen gibt es also derzeit zwölf politikwissenschaftliche Professorinnen mit einer Denomination aus dem Themenfeld der Geschlechter- und Diversitätsforschung.

Doch gibt es neben jenen Professuren mit einer expliziten Geschlechterdenomination auch Professorinnen ohne diese Denomination, die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung betreiben, wie Gabriele Abels in Tübingen, derzeit DVPW-Vorsitzende, Regina-Maria Dackweiler an der Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden, Cilja Harders an der FU Berlin mit einer Professur für die „Politik des Vorderen Orients“, Clarissa Rudolph an der OTH Regensburg, Ulrike Nikutta-Wasmuth, die eine Vertretungsprofessur an der TU Berlin innehatte, Regina Kreide an der Universität Gießen mit einer Professur Politische Theorie und Ideengeschichte. Schließlich sind geschlechterforscherische Politikwissenschaftlerinnen auch an anderen Fachbereichen angesiedelt, wie Christine Bauhardt, die seit 2005 eine Professur für „Gender und Globalisierung“ an der HU Berlin innehat, Eva Senghaas-Knobloch auf einer Soziologieprofessur in Bremen oder Julia Lepperhoff auf einer Professur für Sozialpolitik in Berlin. Die kleine geschlechterforscherisch-politologische Landschaft ist weiter als die messbaren Zahlen suggerieren, und das Bild ist auf den zweiten Blick komplexer.⁹

Nachhaltigkeit und Herausforderungen für die Professuren und das Fach

„Sowohl der Faktor Frau als auch die Entscheidung, sich im Feld der Frauen- und Geschlechterforschung zu profilieren, verstärken die Prozesse der Marginalisierung“ (Bock/Nüthen 2014, 156). Wie ist die Situation politikwissenschaftlicher Geschlechterprofessuren vor dem Hintergrund dieser pessimistischen Wahrnehmung einzuschätzen? Und wie ist es um die Nachhaltigkeit der politikwissenschaftlichen Geschlechterprofessuren bestellt?

Allem Pessimismus zum Trotz konnte an einigen Standorten Geschlechterforschung in politikwissenschaftlichen Curricula etabliert werden. Und mehr: Den ersten Generationen politikwissenschaftlich engagierter Geschlechterprofessorinnen ist es an manchen Standorten gelungen, Forschungsschwerpunkte oder Zentren zu errichten. Interessant ist, dass viele dieser Zentren ganz explizit interdisziplinär ausgerichtet sind, wie beispielsweise die interdisziplinäre Forschungs- und Kooperationseinrichtung „Arbeitsstelle Gender Studies“ an der Justus-Liebig-Universität Gießen, die seit 2005 existierende „Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie, Geschlecht – GendA“ am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg, das „Interdisziplinäre Zentrum für Europäische Geschlechterstudien“ (ZEUGS) in Münster, die „Interfakultäre Forschungsplattform Geschlechterforschung“ in Innsbruck und der universitätsweite Forschungsverbund „Gender and Agency“ in Wien, an denen Politikwissenschaftlerinnen jeweils maßgeblich beteiligt sind. Diese Zentren bilden eine Basis dafür, dass die Professuren nicht einfach gestrichen werden können.

Und dennoch ist der Generationenwechsel eine Herausforderung. Wenngleich an vielen, so konnten nicht an allen Standorten politikwissenschaftliche Geschlechterprofessuren nachbesetzt werden. An der FU Berlin und in Wien tobten erbitterte Kämpfe um Neuausschreibung und Nachbesetzung. Am OSI schien es nach der Emeritierung von Barbara Riedmüller lange Zeit so, dass keine Professur mit Geschlechterdenomination mehr ausgeschrieben werden würde. Der Einsatz von Studierenden war aber erfolgreich, und der Besetzungsprozess für die Professur „Gender und Vielfalt“ läuft derzeit (Nagy/Scheurer 2013). In Wien gelang es hingegen nicht, die Tradition Eva Kreiskys fortzusetzen, da ihre Theorie-Professur keine Geschlechterdenomination hatte. Ob die Nachbesetzung mit einer Geschlechterforscherin gelingt, ist ungewiss. Dazu trägt auch die Veränderung des Fachs bei: Seine starke Policy-Orientierung und Quantifizierung, der Drang nach Messbarkeit des wissenschaftlichen Outputs und das Schielen auf Impact-Faktoren und Exzellenz begrenzen die Spielräume für geschlechterorientiertes Denken und Forschen. Auch die Transformation hin zur „managerial“ oder „entrepreneurial university“ im Konzert mit Ressourcenkürzung kratzt an der Dauerhaftigkeit politikwissenschaftlicher Geschlechterprofessuren – deren Vorteil verglichen mit anderen politikwissenschaftlichen Teilgebieten allerdings ihre Diversität und die vielfältige Verortung ist.

Anmerkungen

- 1 Beim Recherchieren wurde mir, der Autorin, klar, dass mit diesem Beitrag eigentlich nur ein erster Überblick möglich ist. Eine ausführlichere Recherche wäre notwendig, um das Bild politikwissenschaftlicher Frauen- und Geschlechterprofessuren umfassend darzustellen. Ich habe mich entschlossen, Namen zu nennen, und bin mir bewusst, dass ich durch diese Art der Sichtbarmachung durch meine eingeschränkte Perspektive auch Kolleginnen unsichtbar mache. Dafür möchte ich mich entschuldigen und hoffe, dass mein Text eine umfassendere Recherche anregt. Ich möchte mich zudem bei Ulla Bock dafür bedanken, dass sie mir Hilfe bei der Nutzung der FU-Datenbank bot und mir erlaubte, aus ihrem noch unveröffentlichten Buch zu zitieren.
- 2 Klaus von Beyme ist einer der international bekanntesten deutschen Politikwissenschaftler der ‚zweiten‘ Nachkriegsgeneration. Er war in den 1970er-Jahren Vorsitzender der DVPW und zu Beginn der 1980er-Jahre Präsident der International Political Science Association (IPSA). Er ist gleichsam ein politikwissenschaftlicher Universalgelehrter mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politikwissenschaft und Hüter der Politischen Theorie.
- 3 Mit der Bezeichnung deutschsprachiger Raum beziehe ich mich auf die drei Länder Deutschland, Österreich und Schweiz. In anderen deutschsprachigen Ländern wie Luxemburg gibt es keine institutionalisierte politikwissenschaftliche Geschlechterforschung. Meine Bezeichnung ist dennoch keine ganz exakte, da die einzige schweizerische Professur für feministische Politikwissenschaft in der französischsprachigen Schweiz lokalisiert ist.
- 4 Ich bitte den Berlin-Bias zu entschuldigen, doch die Entwicklungen dort kann die Autorin am besten nachvollziehen, da sie Teil dieser Auseinandersetzungen war.
- 5 So bezeichnet Ulla Bock (2015) diese Gruppe in ihrem in Bände erscheinenden Band.
- 6 Diese Professur war bereits 1992 eingerichtet worden und bis 1999 mit einer Erziehungswissenschaftlerin besetzt (Bock 2015, 291).
- 7 Dort gab es 2010 27 Geschlechterprofessuren, die aber nur 0,3% aller Soziologieprofessuren ausmachen (Bock/Heitzmann/Lind 2011, 105f.).
- 8 In Linz gibt es allerdings kein politikwissenschaftliches Institut mit einem Studiengang. Die Kollegin ist am Institut für Gesellschaftspolitik und Sozialpolitik angesiedelt.

- 9 Darüber hinaus gibt es zeitlich befristete Gastprofessuren, entweder explizit politikwissenschaftlich denominierte oder aber sozialwissenschaftliche, die immer mal wieder mit einer Politologin besetzt werden, wie beispielsweise an der Universität Bochum, an der Universität Wien und im Land Rheinland-Pfalz die „Internationale und interdisziplinäre Gastprofessur Frauen- und Geschlechterforschung“.

Literatur

Beyme, Klaus von, 1991: Feministische Theorie der Politik zwischen Moderne und Postmoderne. In: *Leviathan*. 19 (2), 208-228.

Bock, Ulla, 2015: Pionierarbeit. Die ersten Professorinnen für Frauen und Geschlechterforschung an deutschsprachigen Hochschulen. 1984 bis 2014. Frankfurt/M., New York.

Bock, Ulla/**Heitzmann**, Daniela/**Lind**, Inken, 2011: Genderforschung – zwischen disziplinärer Marginalisierung und institutioneller Etablierung. In: *Gender*. 3 (2), 98-113.

Bock, Ulla/**Nüthen**, Inga, 2014: Genderprofessuren eine Erfolgsgeschichte? Ein Blick hinter die Kulissen. In: *Femina Politica*. 23 (2), 154-158.

Heitzmann, Daniela, 2010: Zwei Schritte vor, einer zurück. Zur Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid. Frauen- und Geschlechterforschung. 1, 11-22.

Holland-Cunz, Barbara, 2001: Zwanzig Jahre wissenschaftliche Revolution? Über Normalisierungen und Zukunftswege der feministischen Forschung. In: Hornung, Ursula/Gümen, Sedef/Weilandt, Sabine (Hg.): *Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik. (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung in Frauenforschung – Frauenbewegung – Frauenpolitik*. Münster, 42-55.

Nagy, Nicola/**Scheurer**, Julia, 2013: Leider nichts Neues: Über die Marginalisierung der Geschlechterforschung am OSI. In: *Femina Politica*. 22 (2), 163-165.

Zur Bewertung wissenschaftlicher Leistungen in Berufungsverfahren. Die Studie „Who Becomes a Tenured Professor, and Why?“

ANNETTE HENNINGER

Der Frauenanteil bei Professuren stieg im letzten Jahrzehnt deutlich an und überschritt 2012 fächerübergreifend erstmals die 20%-Marke (StatBA o.J.). In der Politikwissenschaft erhöhte er sich von 18,9% (2003) auf 28% (2013). In den Sozialwissenschaften war der Anstieg besonders steil: Waren dort 2003 noch 19,5% aller Professuren mit Frauen besetzt, waren es 2013 bereits 37,2% (alle Zahlen für 2003 und 2013: eigene Berechnungen nach StatBA 2004, 81 und 2014, 95). Für einige akademische und mediale Beobachter_innen scheint damit die Schmerzgrenze überschritten. Mark Lutter und Martin Schröder sorgten im Dezember 2014 mit der These